

DL21

#leftlessons

#leftlessons Staffel 2, Nr.7 – Nachbereitung

Primat der Friedenspolitik stärken!

mit Corinna Hauswedell

Zu Beginn ist zu fragen: Ist es nicht ein verfassungsmäßiges, zeitloses Postulat – das Primat der Friedenspolitik?

In jüngster Vergangenheit stachen, nicht zuletzt für den Wahlkampf relevant, zwei friedenspolitische Herausforderungen hervor, in denen sich auch Sozialdemokraten unterschiedlich entscheiden konnten:

- Die Bewaffnung von Kampfdrohnen – also Pro oder Contra einer völkerrechtswidrigen Entgrenzung von Militäreinsätzen,
- Die Verlängerung des Afghanistanmandats – also die Verlängerung eines fatalen Einsatzes.

Die gegensätzlichen Richtungen, in die jeweils entschieden wurde, zeigen, dass ein friedenspolitischer Kompass für die Sozialdemokratie neu zu justieren ist.

Die SPD würde sehr gewinnen, wenn sie diese Grundsatzfrage, Sicherheit und Frieden neu zu deklinieren, angehen und zu einer kohärenten Perspektive entwickeln würde und sich vor diesem Stigma nicht fürchtete. Dafür muss man nicht den totalen Pazifismus vertreten, aber man braucht und hat doch gute Argumente und strategische Einsichten dazu, warum Militär gefährlich ist. Deshalb ist es gut, dass mit der Debatte um Kampfdrohnen seitens der SPD die Sorge vor künftiger Gefährdung (nicht nur wegen der deutschen Soldaten, sondern auch bezüglich der Veränderung der Schlachtfelder, das Ausufern der Kriege etc.) wieder verstärkt öffentlich thematisiert wurde. Die Gründe für das „Halt!“ bei den Kampfdrohnen könne mit Fug und Recht zu Gründen für ein „Nein!“ werden.

Der Vortrag behandelte dafür drei Aspekte:

1. Was hat Friedenspolitik mit Sicherheit zu tun?
2. Warum und wie sind ziviles und militärisches Handeln voneinander abzugrenzen?

3. Was sind die Konsequenzen für die dt. Außenpolitik.

I. Was hat Friedenspolitik mit Sicherheit zu tun?

Wir brauchen eine Neujustierung. Die Pandemie kann dafür eine Chance sein.

Die Referentin plädiert für einen konsequenten Umstieg Deutschlands von militärischer zu ziviler Sicherheitslogik und -politik. Das Leitbild sollte gemeinsame/gegenseitige zivile Sicherheit sein (GZS).

a) Analytisch-konzeptionelle Dimension: Das Dilemma der „erweiterten Sicherheit“

Exkurs: Aus Anlass von 9/11 kaperten die Militärs die internationale Sicherheitsdebatte, die gerade im Rahmen der völkerrechtlichen Institutionen und zivilgesellschaftlicher Bewegungen sowie NGOs dabei war, sich auf den Begriff der „menschlichen Sicherheit“ zuzubewegen.

Es kam sehr schnell zu einer Verwischung der Begriffe „Risiko“, „Gefahren“ und „Bedrohung“. 9/11 wurde nicht nur in den USA, sondern auch in der EU mit der europäischen Sicherheitsstrategie („Erweiterte Sicherheit“ unter Javier Solana) zum Wendepunkt. Der Begriff klingt gut, aber es kam darin nur zu einer Aufzählung verschiedenster Bedrohungen (Klima, Terrorismus, Pandemien etc.). Stattdessen hätte diskutiert werden müssen, ob man all dem mit Militär begegnen kann. Das wurde aber nicht getan. Das Papier hatte eine strategische Funktion, um seitens der EU gegenüber den USA die Fahne hochzuhalten und innerhalb der EU-Staaten die Verteidigungsetats für eine Erhöhung zu erschließen. Man wollte den transatlantischen Partner beruhigen.

Der Begriff „Erweiterte Sicherheit“ wird bis heute in offiziellen Dokumenten viel verwendet. Er ist positiv konnotiert und ein Schlüsselbegriff in der „Global Strategy“ der EU von 2016, aus der wesentliche Zielsetzungen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik abgeleitet werden.

Die darin wesentlich ausgemachten „Bedrohungen“ sind: Terrorismus, hybride Kriege (damit ist besonders Russland/Krim gemeint), Klima, Pandemien. Indem diese Begriffe in einem Atemzug genannt werden, werden Ereignisse in einen gemeinsamen Kontext gebracht, die



DL21

#leftlessons

eigentlich nicht unbedingt und schon gar nicht ursächlich etwas miteinander zu tun haben, um für alles denselben Hammer als Werkzeug, nämlich prioritär das Militär, zu wählen.

Beide Dokumente der EU (von 2003 und 2016) verstehen sich explizit nicht als Friedensstrategien. Der neue Außenbeauftragte der EU Joseph Borell äußerte sich im Spiegel im Februar 2021:

„Der Spiegel: Liegt es eigentlich an den Deutschen, die besonders zurückhaltend sind, wenn es darum geht, ihre Soldaten in Auslandseinsätze zu schicken?“

Joseph Borell: Deutschland hat wegen seiner Geschichte gewisse Hemmungen, militärische Einsätze im Ausland einzugehen. Das verstehe ich. Aber es setzt sich zunehmend die Einsicht durch, dass wir in einer gefährlichen Welt leben und dass es im Interesse der EU ist, sich militärisch zu engagieren, vor allem auch dort, wo es die NATO nicht tut.“

Dies zeigt ein nahezu triviales bis naives Verständnis von globalen Konflikten, voller Unschärfen, das sich bis in die hohen Ebenen der EU perpetuiert. Es ist daher auf diese sicherheitspolitischen Unschärfen mehr einzugehen, wenn man heute Friedenspolitik machen will. Das heißt: Wir müssen über „Sicherheit“ sprechen.

b) Materielle, ressourcenorientierte Dimension: Rüstung runter, Rehab rauf!

Die Referentin empfiehlt, nicht in ein Gegeneinander von Sicherheitspolitik und Friedenslogik zu verfallen. Die Befriedigung von sicherheitspolitischen Bedürfnissen muss immer Teil einer aktiven, zivil orientierten Friedenspolitik sein. Zugleich gibt es gute Gründe dafür, auf einer Friedenslogik zu bestehen, eben weil das Militär in den letzten 20 Jahren die „Sicherheit“ für sich gehijacked hat.

Man ist gut beraten, Sicherheit zivil neu zu denken und dies in den Kontext von Friedenspolitik zu stellen. Dafür sind zwei Erkenntnisse nötig:

Erstens: Sicherheit ist nie vollständig, nie absolut zu setzen.



DL21

#leftlessons

Zweitens: Sicherheit kann nie gegeneinander oder voreinander erreicht werden, sondern ist nur miteinander zu verwirklichen (Egon Bahr).

Es geht darum, die Interessen und Wahrnehmungen der jeweils „anderen Seite“ zu erkennen und zu respektieren. Dabei kann es nicht um eine schlichte Renaissance der Gemeinsamen Sicherheit gehen, denn die Welt hat sich verändert, Geschichte wiederholt sich nicht. Aber Muster ähneln sich und sind vergleichbar.

Heute muss es mehr um Respekt und Anerkennung der Verschiedenheit der Politik und des Wertesystems sowie der Wahrnehmungen des Sicherheitsinteresses gehen. Respekt kann Ausgangspunkt des Weges zur Gemeinsamen Sicherheit sein.

Gemeinsame Sicherheit ist als realpolitische Konzeption ein bisschen ‚unterhalb‘ der „menschlichen Sicherheit“ angesiedelt, wie sie leitend ist für die SDGs der Vereinten Nation.

Wenn man die „menschliche Sicherheit“ als einzige friedensorientierte Option den gegenwärtigen militärischen Konzeptionen gegenüberstellt, dann kann das auch als Moralkeule universaler Menschenrechtsforderungen eingesetzt werden, die nicht wirklichen Fortschritten auf dem Weg ziviler Konfliktlösung zuträglich ist. Es geht also um vorsichtige Schritte hin zu einem gemeinsamen Sicherheitsverständnis, dass von zivilem Handeln geprägt sein muss.

Sicherheit gibt es nicht umsonst. Sie hat einen politischen Preis. Wir brauchen 30 Jahre nach der Wende und 20 Jahre nach 9/11 eine neue Debatte über die Umwidmung, Konversion und Neuallokation von Ressourcen, gerade den derzeit militärisch genutzten, für einen zivilen Schutz von Gesundheit, Menschen, Leben und naturfreundlichen Räumen. Die Pandemie ist insofern eine Chance, als dass sie Sicherheitsvorsorge oben auf die Agenda gesetzt hat. Die globale Debatte über die Pandemie und wie das Leben geschützt werden kann, eröffnet Möglichkeiten einer neuen, humanen Ressourcennutzung.¹

¹ Michael Brzoska u.a.: Corona-Pandemie: Implikationen für die Sicherheitspolitik;

DOI: <https://doi.org/10.25592/ifsh-policy-brief-0221>

DL21

#leftlessons

Das 2%-Ziel der NATO ist ein ressourcenorientierter Umgang mit einer strategischen Umstellung in Richtung weitere Militarisierung. Da darf man sich nicht drum herum mogeln. (Im Entwurf des „Zukunftsprogramms“ der SPD für die anstehende Bundestagswahl fehlt jede Aussage zum 2%-Ziel). Dafür braucht man keine Zahlen, sondern muss was anderes verfolgen. Zwei Prozent des BIP für Militär auszugeben, stellt Weichen in die falsche Richtung. Es wäre sehr vernünftig, explizit gegen dieses Ziel aufzutreten. Gerade wenn die SPD den Bundesfinanzminister stellt und – nicht nur, aber gerade im Rahmen der Pandemie über Investitionen und Verteilung diskutiert werden muss – bietet es sich an, dieses falsche Ziel öffentlich mit Ausgaben für zivile Entwicklung überall zu kontrastieren.

II. Warum und wie militärisches und ziviles Handeln voneinander abzugrenzen sind:

Heutige Grauzonen von Krieg und Frieden und ihre Akteure machen den Griff in die „Instrumentenkiste“ der Konfliktlösung heutzutage nicht einfacher. Denn es gibt eine Verwischung von kriegerischen und friedlichen Szenarien des Konfliktaustrags, mehr „Grauzonen“. Es ist also gar nicht so einfach zu identifizieren: Was ist denn eine Gefahr? Wie sieht der Konflikt eigentlich aus? Was sind die Interessen und Motive der Akteure?

Die Referentin betont, dass Militär und ziviles Handeln nicht gleichwertig sind: Je mehr man in den letzten 20 Jahren Erfahrungen mit Interventionspolitik gemacht hat, die darauf abgezielt war, Konflikte zu befrieden, wurde sichtbar, dass Hard- und Soft-Power höchst unterschiedlich wirken. Knapp gesagt: Militär hat eine Tendenz zu Eskalation und ziviles Engagement zielt auf Deeskalation. Militär exkludiert Akteure; ziviles Engagement inkludiert Akteure und erleichtert damit eine Verständigung zwischen Akteuren.

Man brauche angesichts dieser Erfahrungen, insbesondere aus Afghanistan, aber auch aus Mali und Irak, endlich eine solide analytische Auswertung der Interventionspolitik der westlichen Welt in den letzten 20 Jahren. In den Einsätzen musste festgestellt werden, dass militärisches Handeln das zivile konterkariert hat und dass gerade da, wo Ziviles im Schutze militärischen Handelns stattfinden sollte, ersteres kontaminiert wurde. Hier müsste es endlich die Auswertungen und Evaluierungen geben, die immer wieder versprochen wurden. Dies könnte auch eine starke Forderung der SPD sein.

DL21

#leftlessons

Im Unterschied zum militärischen Handeln gibt es im Bereich der zivilen Krisenintervention eine ganze Reihe Erfahrungen und Auswertungen. Das Lernen aus Erfahrungen und entsprechende Evaluation sind zentrale Elemente ziviler Konfliktintervention.

Erst auf Grundlage vergleichender Auswertungen kann man die Rolle der Bundeswehr sinnvoll neu justieren. Dies ginge dann sicher eher in die Richtung Landesverteidigung.

III. Konsequenzen für deutsche und EU-Friedenspolitik

Nötig ist eine konzeptionelle Debatte über Sicherheit, die Respekt und Gegenseitigkeit als Leitlinie neu formuliert. Wir sollten vorhandene positive Ansätze ausbauen; zum Beispiel das mit dem Auswärtige Amt konzipierte „PeaceLab“ als sehr gute Form strategischer Debatten – als Versuch des institutionalisierten Dialogs mit der Zivilgesellschaft.

Auch der Versuch, Mediation ins Zentrum der Diplomatie zu stellen, ist ein guter Ansatz.

In der EU gibt es zwei Tendenzen: Einerseits jene, die sich mit ziviler Konfliktlösung befasst und mit friedensbildender, humanitärer Arbeit, für die auch Geld in die Hand genommen wird. Aber konzeptionell gibt es zunehmend eine Verwischung von ziviler und militärischer Strategie. Es gibt einen Trend dazu, den militärischen Aspekt dem Zivilen überzustülpen. Dies zeigt sich unter anderem an der Umwidmung von Entwicklungstöpfen für z.B. Aufbau von „Sicherheitsapparaten“/Militärausbildung.

Es fehlt an einer strategischen Klarheit; es bedürfte des Muts zur Kontroverse in der EU und in der NATO über PESCO und über die Verteilung der Ressourcen auf Ziviles und Militärisches.²

² Martina Fischer: Zivile Potentiale der EU ausbauen; in: Wissenschaft und Frieden: „Friedensmacht“ EU?, 1/2021 - <https://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=2487>



DL21

#leftlessons

„Respekt“ – Was wäre ein neuer Respekt in der Sicherheitspolitik?

Bezüglich **Afghanistans** müsste man nüchtern zu dem Ergebnis kommen, dass das militärische Engagement beendet werden muss. Die Tatsache, dass die USA zusammen mit den Taliban versucht haben, einen Separatfrieden zu schließen, in dem relevante Teile der Zivilbevölkerung und selbst der von den Amerikanern beförderten Regierung nicht einbezogen waren, spricht Bände von dieser Notwendigkeit. In der Sache ist etwas herausgekommen. Streitkräfte werden abgezogen; ein Peacebuilding im Lande könnte möglich werden.

Zivile Lösungen dort sind unglaublich schwer, weil der Krieg 20 Jahre und viel länger dauert. Es ginge schon um einen umfassenderen neuen Friedensprozess. Jedenfalls ist jüngst deutlich geworden, dass die BRD mit der Mandatsverlängerung trotz der Friedensgespräche Vertrauen in Afghanistan verspielt hat.

Zum Respekt gegenüber **Russland** gehört dazu, über die Geschichte der Auseinandersetzung nach dem Ende des Kalten Krieges genauer Rechenschaft abzulegen. Da ist viel Unrat den Rhein und den Dnjepre hinuntergeflossen, ohne die Möglichkeiten einer gemeinsamen Sicherheit in Europa zu nutzen, die es nach dem Ende des Kalten Krieges gab. Das rechtfertigt nicht, was Putin jetzt macht. Aber das ist für einen Zivilisierungsprozess hin zu Gemeinsamer Sicherheit irrelevant. Man muss anerkennen, dass Russland zu Europa gehört und dass es ohne Russland in Europa keinen Frieden und auch keine Sicherheit gibt.

Auch in Bezug auf **Mali** gilt, dass es eine selbstkritische Bilanz in Deutschland geben muss, Es muss die Frage beantwortet werden, wieso in den letzten Jahren so manches militärisches Handeln positiv besetzt wurde. Mali ist ein Tanzboden europäischer Mächte und besonders Frankreichs, dass dort postkoloniale Interessen verfolgt.

Insgesamt wäre es für eine zivilisierende, sicherheitspolitische Strategie hilfreich, das ungleiche Nord-Süd-Verhältnis mit seinen historischen Ursachen und Abgründen selbstkritisch in den Blick zu nehmen, um die tatsächlichen Interessen und Motive verschiedener Akteure realistisch beurteilen und in Richtung auf Frieden und menschenwürdige sowie den Naturraum schützende Verhältnisse agieren zu können. Die kritische Auseinandersetzung muss dabei auch der ggf. konfliktverschärfenden Bedeutung von sogenannten „Ertüchtigungsprogrammen“, Waffenexporten und der Auslandseinsätze gelten.



DL21

#leftlessons

In der Außenpolitik muss es eine klare Neudefinition geben, was deutsche Verantwortung bedeuten soll – im Unterschied zum Tenor des „Verantwortungsbegriffs“, der wesentlich auf Militärisches abzielt. Man braucht eine klare Ansage, was Militär nicht kann, als Schlussfolgerung aus dem Scheitern der westlichen Strategie der vergangenen Jahrzehnte. Ein Programm „Aus Konflikten lernen“ zur vergleichenden Konfliktanalyse könnte dafür hilfreich sein.

Dann kann man im Rahmen einer zivilen sicherheitspolitischen Strategie für den Frieden wesentliche neue Entscheidungen treffen: in Bezug auf die Rolle der Bundeswehr, in Bezug auf die Allokation von Ressourcen, in Bezug auf die Förderung ziviler Konfliktintervention und des Peacebuildings, für die EU und für vieles mehr.
